

## **Awet Tesfaiesus, Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Wahlkreis 168**

Sehr geehrte Frau Biaesch,

lieber Bezirkslandfrauenverein Rotenburg und lieber Landfrauenverband Hessen e.V.,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Interesse an unserem Programm zur Bundestagswahl 2025. Ihre Rückmeldungen und Fragen sind ein wichtiger Beitrag, um die Anliegen von Verbänden und NGOs in die politische Debatte einzubringen.

Angesichts der sehr verkürzten Zeitläufe in diesem Bundestagswahlkampf haben wir uns als Grüne gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien im Bundestag auf ein einheitliches Verfahren für die Wahlprüfsteine geeinigt.

Es besagt im Wesentlichen, dass wir dieses Mal nur Wahlprüfsteine von einigen wenigen vorab gemeinsam vereinbarten, die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums repräsentierenden Verbänden und Organisationen beantworten werden.

Darüber hinaus bearbeiten die Parteien eine begrenzte Anzahl an Wahl-o-mat-Formaten, die ebenfalls gemeinsam vorab ausgewählt wurden.

Wir bitten Sie um Ihr Verständnis für das angepasste Verfahren in dieser besonderen Situation.

Für weitere Informationen zum Grünen Wahlprogramm, das sich in großen Teilen mit Ihren Anliegen überschneidet, verweise ich gerne auf [Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#).

Nachfolgend habe ich Ihnen zusammengefasst, wie Bündnis 90/Die Grünen sich per Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 für Ihre Anliegen der Gestaltung des sozialen und politischen Lebens in ländlichen Räumen, der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes einsetzen.

Im Grünen Wahlprogramm ist jeweils ein ganzer Abschnitt des Kapitels 1 und 2 „Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen“ und „faire Löhne“ gewidmet, vor allem gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen soll unter anderem durch eine Reform des Ehegattensplittings, aber auch gleiche Bezahlung, ermöglicht werden.

Im Abschnitt „F. Eine zukunftsfeste Ernährung und Landwirtschaft - Für starke Landwirtinnen und Landwirte“ wird insbesondere auf die Stärkung von Frauen in der Landwirtschaft eingegangen.

In Bezug auf die Altersvorsorge sollen erwerbstätige Frauen „durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, gute Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und Sorgearbeit sowie ein einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit“ gestärkt werden.

In Kapitel 3 beginnt auf Seite 118 ein ganzer Abschnitt „Für Frauenrechte“.

Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in ländlichen Räumen: „Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder dem gemeinsamen Feiern.“

Zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum: „Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger\*innen verlässliche öffentliche Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht.“

Ehrenamtliches Engagement wollen die Grünen unterstützen und Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein.

Zudem setzen sich die Grünen für eine finanzielle Stärkung der Kommunen und einen nachhaltigen Ausbau ihrer Leistungen sowie auch einen verstärkten Fokus auf die Ausbildung in der Verwaltung und Zivilgesellschaft setzen.

Indem die Wirtschaft und vor allem kleine und mittelgroße Unternehmen gestärkt würden, gerade auch beim Ausbau erneuerbarer Technologien und innovativer Geschäftsideen, möchten die Grünen insbesondere die ländlichen Räume stärken.

Für mehr Informationen zu landwirtschaftlichen Schwerpunktsetzungen verweise ich auf Kapitel 1, Abschnitt F (ab Seite 62) des Wahlprogramms.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Lea Wissinger

(Pronomen: she/ her) | Wiss. Mitarbeiterin

## **Michel Zörb, Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Wahlkreis 172 Gießen**

### **1. Frauenpolitik**

- Wir setzen uns für ein Paritätsgesetz ein, das eine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente sichert und Parität im Wahlrecht verankert.
- Altersarmut von Frauen bekämpfen wir durch bessere Rentenanrechnungen für Sorge-Arbeit, eine Anhebung der Grundrente und gezielte Fördermaßnahmen für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.
- Das Ehegatten-Splitting werden wir schrittweise zu einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag reformieren, um Anreize für gleichberechtigte Erwerbstätigkeit zu setzen.
- Das Entgelttransparenzgesetz werden wir ausweiten, indem wir Berichtspflichten verschärfen und Unternehmen verpflichten, gleiche Löhne für gleiche Arbeit nachzuweisen.
- Wirtschaftliche Gleichstellung erreichen wir durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einen flächendeckenden Ausbau von Betreuungsangeboten und die Förderung von Frauen in Führungspositionen.
- Gleichstellung muss in alle Gesetzgebungsverfahren integriert werden. Wir werden einen Gleichstellungsscheck für neue Gesetze einführen.
- Schutz vor häuslicher Gewalt stärken wir durch den Ausbau von Frauenhäusern, eine nachhaltige Finanzierung von Hilfsangeboten und bessere Strafverfolgung von Tätern.
- Wir fordern eine umfassende Neuregelung des § 218 mit dem Ziel, den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen als Teil der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.
- Geschlechtergerechte Gesundheitspolitik setzen wir mit Forschung zu frauenspezifischen Krankheiten, besserer medizinischer Versorgung und einer geschlechtergerechten Arzneimittelforschung um.

### **2. Frauen in der Landwirtschaft**

- Wir sichern Frauen den gleichberechtigten Zugang zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln durch gezielte Förderprogramme und die Stärkung von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben.
- Die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen wir durch eine geschlechterdifferenzierte Erfassung von Eigentum, Einkommen und Betriebsführung.
- Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft bekämpfen wir durch eine gerechtere Rentenpolitik und gezielte Absicherung für mitarbeitende Familienangehörige.
- In der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) setzen wir auf geschlechtergerechte Förderprogramme mit gezielten Anreizen für Frauen.
- Wir fördern Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft, um ihre Position zu stärken und Innovationspotenziale zu heben.

### **3. Ländliche Räume**

- Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern wir durch mobile Gesundheitsdienste, bessere Vergütung für Landärzt\*innen und Investitionen in Telemedizin.
- Geburtshilfe gehört zur medizinischen Grundversorgung. Wir setzen uns für die Wiedereröffnung von Geburtsstationen und eine bessere Bezahlung von Hebammen ein.
- Häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken wir durch höhere Löhne in der Pflege, mehr Unterstützung für pflegende Angehörige und eine bessere soziale Absicherung.

- Wohnen und Leben im ländlichen Raum machen wir attraktiver durch gezielte Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Kulturangebote, sowie urch Neu- und Umbau mit kleineren, barrierefreien Wohneinheiten damit Menschen auch im Alter im Dorf bleiben können.
- Die Mobilitätswende im ländlichen Raum treiben wir mit einem flächendeckenden Ausbau des ÖPNV, On-Demand-Angeboten und besseren Radwegen voran, damit die, die noch oder nicht mehr Auto fahren können mobil sind.

#### **4. Ernährung**

- Verbraucherberatungen erhalten und absichern wir durch eine dauerhafte öffentliche Finanzierung und den Ausbau digitaler Beratungsangebote.
- Lebensmittelverschwendung reduzieren wir durch Aufklärung, verpflichtende Spenden von überschüssigen Lebensmitteln und bessere Haltbarkeitskennzeichnungen.
- Ernährungsbildung fördern wir durch verbindliche Unterrichtseinheiten in Schulen, bessere Ausbildung von Lehrkräften und Investitionen in Ernährungsforschung.
- Gesundere Ernährung erleichtern wir durch steuerliche Anreize für nachhaltige Lebensmittel, gezielte Förderung für Landwirt\*innen und bessere Kennzeichnungspflichten.
- Die Produktion von Insekten als Lebensmittel unterstützen wir als nachhaltige Alternative und setzen auf gezielte Forschung zur Akzeptanzsteigerung.

#### **5. Natur – Nachhaltigkeit – Klimaschutz**

- Klimabewusste Ernährung fördern wir durch eine nachhaltige Landwirtschaft, faire Preise für klimafreundliche Produkte und Ernährungsbildung.
- Die DGE-Ernährungsempfehlungen unterstützen wir und setzen z.B. auf eine verbindliche Umsetzung in öffentlichen Kantinen.
- Die Zukunft der Landwirtschaft sehen wir in einer nachhaltigen, klimafreundlichen und resilienten Produktion mit fairen Bedingungen für Landwirt\*innen.
- Flächenversiegelung reduzieren wir durch striktere Bauvorgaben, eine bessere Nutzung von Bestandsflächen und gezielte Renaturierungsprogramme.
- Die Netto-Null-Neuversiegelung erreichen wir bis 2030 durch ein Umdenken in der Raumplanung und strenge Umweltauflagen, wie zum Beispiel einem flexiblen Denkmalschutz, um Um- und Folgenutzung von Scheunen und Ställen zu Wohnraum zu vereinfachen.

#### **6. Ehrenamt und Demokratie**

- Wir wollen ein Demokratiefördergesetz, um zivilgesellschaftliches Engagement langfristig zu finanzieren und Extremismus entschlossen entgegenzutreten.
- Demokratie stärken wir durch politische Bildung, den Schutz von Ehrenamtlichen und eine bessere Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, aber auch durch die Reduktion und Abschaffung von unnötiger Bürokratie im Ehrenamt.
- Die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf verbessern wir durch steuerliche Anreize, bezahlte Freistellungen und bessere Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

## 1. Frauenpolitik

*Wie beabsichtigen Sie, die Parität in den Parlamenten zu sichern und sie im Wahlrecht zu verankern?*

Wir sind für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in Vorständen von großen Unternehmen und für ein **Paritätsgesetz** zur Wahl des Bundestags.

*Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Altersarmut von Frauen beseitigen?*

Wir wollen eine **gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung** von Frauen ermöglichen. So stärken wir ihre eigenständige Absicherung, schützen sie vor Altersarmut und stärken gleichzeitig die Volkswirtschaft. Auch Menschen mit geringem Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche Rentenansprüche zu erwerben und so Altersarmut zu vermeiden. **Die Grundrente werden wir zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln**, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt.

*In welcher Form werden Sie das Ehegatten-Splitting reformieren?*

In der jetzigen Form stellt das **Ehegattensplitting** ein Erwerbshindernis für Frauen dar und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es **grundlegend geschlechtergerecht reformieren**, indem wir für Neuehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits verheiratet sind, ändert sich nichts – außer sie entscheiden sich freiwillig für das neue Modell.

*Was planen Sie zur Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes?*

**Wir werden die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und vollständig umsetzen.** Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen.

*Wie beabsichtigen Sie die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu realisieren?*

Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch **gleiche Löhne und mehr Zeitsouveränität**. Sie sollen mehr Einfluss nehmen können auf Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit, um eine **bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und eine gerechte Aufteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen**.

*In welcher Form werden Sie die Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern?*

Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in Deutschland die **Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung der Ziele einführen**.

Und nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit entschieden bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. **Wir wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.**

*Wie wollen Sie Frauen vor häuslicher Gewalt schützen und Hilfsangebote sicherstellen?*

Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen **Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung** erhalten. **Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher.** Das muss auch einen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. **Dazu müssen Justiz sowie Polizei umfassend geschult werden.** Annäherungsverbote müssen in Fällen von häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch zum Beispiel durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymen Spurensicherung und der „Pille danach“.

*Wie positionieren Sie sich zur Neuregelung des § 218?*

Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. **Wir wollen, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert, sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden.** Entsprechend den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein, dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft garantiert sind. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

*Welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik?*

Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem voraus: **Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit, einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen.** Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend zur Verfügung stehen. **Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.**

## 2. Frauen in der Landwirtschaft

*In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressource und Finanzmitteln sicher?*

Auf dem Weg zu einer zukunftsfesten und klimafreundlichen Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist und das Wissen der Landwirt\*innen, gerade auch Frauen, Junglandwirt\*innen und Neueinsteiger\*innen wollen wir dabei besser unterstützen.

Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen. **Wir unterstützen gute Arbeit durch faire Löhne, einen höheren Mindestlohn, und durch Gleichberechtigung für Frauen, besonders auf dem Arbeitsmarkt und durch eine gerechte Steuerpolitik.**

*Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen?*

Die Thünen-Studie über die Lebenssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben belegt eindrucksvoll, dass die Gleichstellung aller Geschlechter auf den landwirtschaftlichen Betrieben noch nicht erreicht ist. Deswegen machen wir uns für Frauen im ländlichen Raum stark. Seit Dezember 2024 präsentiert das BMEL gezielt Statistiken zu Frauen auf der Seite „Gleichstellung in der Landwirtschaft“ rund um die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft. **Da die Erhebung und das Sichtbarmachen von geschlechtsspezifischen Daten wichtige Voraussetzungen für eine Verbesserung der Gleichstellung sind, sollten künftig noch weitere geschlechterspezifische Daten veröffentlicht werden.** Unser Ziel ist, die Sichtbarkeit der Leistungen von Frauen in der Landwirtschaft zu verbessern.

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen?*

Siehe Antworten zu Entgelttransparenzgesetzes und Ehegatten-Splitting.

*Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte, Förderprogramme umsetzen?*

**Wir setzen uns dafür ein, dass bei der anstehenden Überarbeitung des EU-Basisrechts der GAP ab 2028 dafür ein, dass Frauen in der Landwirtschaft besser gefördert werden und zum Beispiel die Erwerbsbiografien von Junglandwirtinnen besser berücksichtigt werden.** Spezielle Förderprogramme für Frauen in der Landwirtschaft müssen über die GAP aufgebaut werden können.

*Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen?*

Der Bund beteiligt sich mit dem Fördergrundsatz „Beratung“ der Gemeinschaftsausgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an den Beratungsleistungen der Länder, die hierfür vorrangig zuständig sind. Spezifische Beratungsangebote für Frauen können schon jetzt über diesen Fördergrundsatz gefördert werden und sie sollten ausgeweitet werden. **Das BMEL unterstützt die Entwicklung und Veröffentlichung spezifischer Informationsmaterialien über das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft. Es ist geplant, spezifische Materialien zu Belangen von Frauen in der Landwirtschaft zu erstellen.**

### **3. Ländliche Räume**

*Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen?*

In den ländlichen Regionen ist das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf müssen wir reagieren. **Daher schaffen wir zusätzliche Programme für Gemeindeggesundheitspfleger\*innen und stärken bestehende Angebote wie die Gemeindegschwester und „Medizin auf Rädern“.** Dafür unterstützen wir die Länder bei der Sicherung der Pflege-Studiengänge, die hierfür Voraussetzung sind. Gleichzeitig fördern wir den Einsatz spezialisierter Pflegefachkräfte, die quartiersbezogen, zum Beispiel in Primärversorgungszentren, arbeiten.

*Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung?*

**Schwangere haben Anspruch auf eine gute Betreuung während der Geburt.** Wir wollen auch den Ausbau hebammengeleiteter Kreißsäle unterstützen. Durch diese Kreißsäle können unnötige medizinische Interventionen bei Frauen mit einem geringen Risiko für Komplikationen vermieden werden. Auch die Verbesserung der Betreuungsquote in Richtung einer 1:1 Betreuung in wesentlichen Phasen der Geburt kann die Qualität der Versorgung verbessern.

Künftig sollen Projekte gefördert werden, die eine Weiterentwicklung der medizinischen Leitlinien zum Ziel haben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Behandlung und Betreuung der Schwangeren qualitativ hochwertig sind und dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen. Zudem ist geplant, Information und Aufklärung rund um die Geburt oder das Stillen zu verbessern. Hierzu werden bestehende Informationsangebote aktualisiert und ergänzt.

*In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken?*

Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines **zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte.** Auch Beiträge für die Rente der pflegenden Angehörigen müssen übernommen werden. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass **mehrere Personen sich die Pflege teilen können.** Berufliche Freistellungen sollen **besser und flexibler möglich sein.** So wie es zur guten Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ausreichend Kitaplätze



braucht, müssen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf die Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege gestärkt und ausgebaut werden. Das stärkt einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen und schafft andererseits attraktive Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege jenseits von Schichtarbeit.

*Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden?*

Lebendige Ortskerne und offene Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können, braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. **Mit erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen schreiben.** Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. **Durch Umbau und Sanierung können leer stehende Dorfkerne wieder lebendig werden.** Eine digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für wirtschaftliche Innovation und Homeoffice – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das heißt: **Glasfaser in Stadt und Land sowie Mobilfunk ohne Funklöcher.** Mit digitalen Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe verbunden und gestärkt werden. Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare gesundheitliche Versorgung verlassen können. **Kommunale Gesundheitszentren, in denen Ärzt\*innen, Pflegekräfte und Therapeut\*innen unter einem Dach arbeiten, können in vielen Regionen das Angebot verstärken.**

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben?*

Den Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine **staatliche Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos vor,** welches zusätzlich die europäische Automobilwirtschaft unterstützt. Hierzu gehören unter anderem eine **Ladekarte für das Tanken an öffentlichen Ladesäulen und ein erschwingliches Leasing-Programm, das sogenannte Social Leasing.**

Verkehrswege wollen wir erhalten und sanieren, das Schienennetz spürbar ausbauen und stärker elektrifizieren, **stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren sowie bundesweit den Ausbau eines guten Radwegenetzes dauerhaft und verlässlich finanzieren.**

Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich unterwegs sein können. Mobil auf dem Land setzt vielerorts noch immer ein eigenes Auto voraus. **Wir wollen echte Wahlfreiheit und darum den öffentlichen Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto wird.** Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse und Carsharing-Angebote können den Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Einige

Kommunen und Landkreise bieten solche flexiblen Konzepte bereits an. Wir möchten solche Konzepte stärken und als Modellprojekte in möglichst vielen unterschiedlichen Regionen Deutschlands verwirklichen.

#### 4. Ernährung

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern?*

Für die Beratungsangebote in den Ländern sind zunächst die Verbraucherzentralen der Länder verantwortlich. Verbraucher\*innen brauchen schlagkräftige Verbraucherorganisationen in Bund und Ländern. Diese wollen wir stärken. Wir fördern das Modellprojekt **zur besseren Unterstützung für überschuldete Seniorinnen und Senioren und den „Stromspar-Check“**. Im Rahmen des Stromspar-Checks beraten geschulte, ehemals Langzeitarbeitslose Haushalte mit geringem Einkommen beim Energiesparen.

*Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen?*

Wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch gut sind, weggeschmissen werden. **Wir wollen deshalb, dass die Rettung und Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird, dafür verpflichtende Maßnahmen im Lebensmittelhandel einführen und das Retten von Lebensmitteln entkriminalisieren.**

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren?*

Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Aber nicht alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird. **Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot und eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen für Verbraucher\*innen mehr Auswahl und bessere Entscheidungsgrundlagen liefern. Dazu soll auch eine gerechtere Besteuerung pflanzlicher Lebensmittel beitragen. Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung.** Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein. Wir begrüßen die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“, die wichtige Maßnahmenvorschläge enthalten, die wir aufgreifen wollen.

Anna Lührmann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN WK 180  
Antworten zu den Wahlprüfsteinen

*Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen?*

Siehe vorherige Antwort, außerdem:

Auch die Umweltauswirkungen von Ernährung, insbesondere auf das Klima und die Biodiversität, wollen wir berücksichtigen, zum Beispiel durch die Unterstützung einer attraktiven, günstigen und stärker pflanzenbasierten Ernährung.

*Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen?*

Wir unterstützen Betriebe sowie die ganze Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum „Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe werden wir entsprechend weiterführen. Wir stärken die Forschungsförderung und sorgen für effiziente und zuverlässige Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel wie moderne Fermentationsverfahren und Zellkultivierung.

## 5. Natur – Nachhaltigkeit – Klimaschutz

*Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucher\*innen vor?*

Siehe Frage zu gesundheits- und klimabewusster Ernährungsbildung.

*Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?*

Wir sehen große Schnittmengen mit den DGE-Ernährungsempfehlungen und den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“. Ob kostenfreies Kita- und Schulessen oder Lebensmittelkennzeichnung. Damit weniger Tiere besser gehalten werden und die Tierhaltung für alle Verbraucher\*innen transparent ist, haben wir die Tierhaltungskennzeichnung eingeführt und den schrittweisen Umbau der Tierhaltung auf den Weg gebracht und damit ein zentrales Anliegen der Bürger\*innen umgesetzt. Außerdem fordern wir, dass sich die Gleichwertigkeit der Ernährungsformen auch in den Steuersätzen widerspiegelt.

*Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland?*

Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Die Wettbewerbsposition von Landwirt\*innen gegenüber anderen Akteuren der Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und verankern verbindliche

schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Menschen gefragt. Deshalb wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Zusätzlich soll eine Lebensmittelverarbeitungsstrategie erarbeitet werden, die unter anderem die externalisierten wahren Kosten wissenschaftlich betrachtet. Dem Ausverkauf landwirtschaftlichen Bodens durch sogenannte Share Deals treten wir entschieden entgegen. Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt\*innen treiben wir etwa durch den Ausbau von Agri-Photovoltaik, Agri-Tourismus sowie die Stärkung von pflanzlichen Rohstoffen als Baustoffe wie zum Beispiel Schilf oder Hanf voran. Den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf wollen wir gesichert straffrei ermöglichen. Und wir unterstützen Betriebe sowie die ganze Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen.

*Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren?*

Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts- und Klimaschutz. Wir unterstützen Landwirt\*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung und werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.

Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst: heute und in Zukunft. Wir schützen die Natur zudem um ihrer selbst willen. Damit schaffen wir die Grundlage für gute Lebensqualität und stärken die Demokratie mit einer resilienten Gemeinschaftsstruktur. Der Schutz von Klima und Natur soll daher im Grundgesetz verankert werden. Eine intakte Natur ist mitentscheidend, Klimaneutralität zu erreichen. Naturnahe Wälder, Moore und Auen binden billig und effizient CO<sub>2</sub> aus der Luft. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind wir diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben die Naturschutzfinanzierung in Deutschland vervielfacht. Das wollen wir verstetigen, erweitern und inhaltlich fortentwickeln und damit die Mittel für den natürlichen Klimaschutz über 2028 hinaus anwachsen lassen. Unser Anspruch ist es, dass internationale Vereinbarungen und europäisches Recht im Naturschutz konsequent eingehalten und umgesetzt werden. Europäisch ist ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Um das unter Einbeziehung einer naturverträglichen Nutzung schnellstmöglich umzusetzen, werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen. Denn auch ökosystembasierter Natur- und Artenschutz liegt in einem überragenden gesellschaftlichen Interesse. Dazu wollen wir einen Schub für den Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische und schnellere Ausweisung von Naturschutzgebieten und die Übertragung von weiteren geeigneten Flächen ins Nationale Naturerbe sowie zusammenhängende Biotopverbünde und Großschutzgebiete.

*Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuverseigerung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen?*

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst immer mehr auf Kosten von landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Mit Raumordnung, Stadt- und Regionalplanung allein ließ sich der Flächenverbrauch nicht wirksam reduzieren. **Deshalb setzen wir auf neue Instrumente wie den Flächenzertifikatehandel oder ein Baulandabgabemodell. So setzen wir Anreize, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag und langfristig auf Nettonull zu senken.**

## 6. Ehrenamt und Demokratie

*Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten?*

Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von Bürger\*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. **Durch eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir unsere demokratische Kultur.** Die Demokratie zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. **Deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ finanziell stärken und dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz absichern.**

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern?*

Wenn für Ehrenämter **Aufwandsentschädigungen** gezahlt werden, sollen sie **einheitlich pauschal steuerfrei** sein. Ehrenamtliches Engagement verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir **Anrechnungsregeln prüfen und bürokratiearm** gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine **bundesweite Engagementkarte** einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen. Wir werden die **Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen verbessern.** Wir wollen ein **Recht auf einen Freiwilligendienst** verankern und die **Plätze im Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen** und verlässlich finanzieren. Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese Personengruppen verbessern und **sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten schaffen.** Wir wollen für eine **faire Vergütung und umfassende Informationsmöglichkeiten**, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein vergünstigtes Deutschland-Ticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden kann. Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und institutionell unterstützen.

Anna Lührmann, Bündnis 90/DIE GRÜNEN WK 180  
Antworten zu den Wahlprüfsteinen

*Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf?*

Siehe vorherige Frage, außerdem:

Wir fördern zudem eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige Bildungseinrichtungen.

## **Omid Nouripour, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN – Wahlkreis 181**

### **1. Frauenpolitik**

*Wie beabsichtigen Sie, die Parität in den Parlamenten zu sichern und sie im Wahlrecht zu verankern?*

Wir sind für Frauenquoten in Aufsichtsräten, in Vorständen von großen Unternehmen und für ein Paritätsgesetz zur Wahl des Bundestags.

*Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Altersarmut von Frauen beseitigen?*

Wir wollen eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglichen. So stärken wir ihre eigenständige Absicherung, schützen sie vor Altersarmut und stärken gleichzeitig die Volkswirtschaft. Auch Menschen mit geringem Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche Rentenansprüche zu erwerben und so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente werden wir zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt.

*In welcher Form werden Sie das Ehegatten-Splitting reformieren?*

In der jetzigen Form stellt das Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits verheiratet sind, ändert sich nichts – außer sie entscheiden sich freiwillig für das neue Modell.

*Was planen Sie zur Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes?*

Wir werden die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und vollständig umsetzen. Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen.

*Wie beabsichtigen Sie die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu realisieren?*

Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und mehr Zeitsouveränität. Sie sollen mehr Einfluss nehmen können auf Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit, um eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und eine gerechte Aufteilung von Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen.

*In welcher Form werden Sie die Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern?*

Um die Gleichstellung weiter voranzutreiben, werden wir auch in Deutschland die Vorgaben der weitreichenderen EU-Richtlinie zu Führungspositionen konsequent umsetzen sowie Sanktionen bei der Nichterreichung der Ziele einführen.

Und nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit entschieden bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Wir wollen eine geschlechtergerechte Gleichstellungspolitik, die auch Männer adressiert und ihre Anliegen in den Blick nimmt.

*Wie wollen Sie Frauen vor häuslicher Gewalt schützen und Hilfsangebote sicherstellen?*

Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie Polizei umfassend geschult werden. Annäherungsverbote müssen in Fällen von häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können, auch zum Beispiel durch den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Opfer von Vergewaltigungen brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.

*Wie positionieren Sie sich zur Neuregelung des § 218?*

Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert, sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein, dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft garantiert sind. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

*Welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik?*

Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit, einschließlich der Versorgung rund um die Geburt, zwingend berücksichtigen. Hebammen begleiten Frauen auf deren Wunsch durch alle Phasen der



Schwangerschaft. Hebammenversorgung sollte deshalb allen Schwangeren ausreichend zur Verfügung stehen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

## **1. Frauen in der Landwirtschaft**

*In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressource und Finanzmitteln sicher?*

Auf dem Weg zu einer zukunftsfesten und klimafreundlichen Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist und das Wissen der Landwirt\*innen, gerade auch Frauen, Junglandwirt\*innen und Neueinsteiger\*innen wollen wir dabei besser unterstützen.

Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Wir unterstützen gute Arbeit durch faire Löhne, einen höheren Mindestlohn, und durch Gleichberechtigung für Frauen, besonders auf dem Arbeitsmarkt und durch eine gerechte Steuerpolitik.

*Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen?*

Die Thünen-Studie über die Lebenssituation von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben belegt eindrucksvoll, dass die Gleichstellung aller Geschlechter auf den landwirtschaftlichen Betrieben noch nicht erreicht ist. Deswegen machen wir uns für Frauen im ländlichen Raum stark. Seit Dezember 2024 präsentiert das BMEL gezielt Statistiken zu Frauen auf der Seite „Gleichstellung in der Landwirtschaft“ rund um die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft. Da die Erhebung und das Sichtbarmachen von geschlechtsspezifischen Daten wichtige Voraussetzungen für eine Verbesserung der Gleichstellung sind, sollten künftig noch weitere geschlechterspezifische Daten veröffentlicht werden. Unser Ziel ist, die Sichtbarkeit der Leistungen von Frauen in der Landwirtschaft zu verbessern.

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen?*

Siehe Antworten zu Entgelttransparenzgesetzes und Ehegatten-Splitting.

*Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte, Förderprogramme umsetzen?*

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der anstehenden Überarbeitung des EU-Basisrechts der GAP ab 2028 dafür ein, dass Frauen in der Landwirtschaft besser gefördert werden und zum Beispiel die Erwerbsbiografien von Junglandwirtinnen besser berücksichtigt werden. Spezielle Förderprogramme für Frauen in der Landwirtschaft müssen über die GAP aufgebaut werden können.

*Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen?*

Der Bund beteiligt sich mit dem Fördergrundsatz „Beratung“ der Gemeinschaftsausgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an den Beratungsleistungen der Länder, die hierfür vorrangig zuständig sind. Spezifische Beratungsangebote für Frauen können schon jetzt über diesen Fördergrundsatz gefördert werden und sie sollten ausgeweitet werden. Das BMEL unterstützt die Entwicklung und Veröffentlichung spezifischer Informationsmaterialien über das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft. Es ist geplant, spezifische Materialien zu Belangen von Frauen in der Landwirtschaft zu erstellen.

## **2. Ländliche Räume**

*Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen?*

In den ländlichen Regionen ist das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Darauf müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für Gemeindegesundheitspfleger\*innen und stärken bestehende Angebote wie die Gemeindeschwester und „Medizin auf Rädern“. Dafür unterstützen wir die Länder bei der Sicherung der Pflege-Studiengänge, die hierfür Voraussetzung sind. Gleichzeitig fördern wir den Einsatz spezialisierter Pflegefachkräfte, die quartiersbezogen, zum Beispiel in Primärversorgungszentren, arbeiten.

*Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung?*

Schwangere haben Anspruch auf eine gute Betreuung während der Geburt. Wir wollen auch den Ausbau hebammengeleiteter Kreißsäle unterstützen. Durch diese Kreißsäle können unnötige medizinische Interventionen bei Frauen mit einem geringen Risiko für Komplikationen vermieden werden. Auch die Verbesserung der Betreuungsquote in Richtung einer 1:1 Betreuung in wesentlichen Phasen der Geburt kann die Qualität der Versorgung verbessern.

Künftig sollen Projekte gefördert werden, die eine Weiterentwicklung der medizinischen Leitlinien zum Ziel haben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Behandlung und Betreuung der Schwangeren qualitativ hochwertig sind und dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen. Zudem ist geplant, Information und Aufklärung rund um die Geburt oder das Stillen zu verbessern. Hierzu werden bestehende Informationsangebote aktualisiert und ergänzt.

*In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken?*

Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, braucht finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte. Auch Beiträge für die Rente der pflegenden Angehörigen müssen übernommen werden. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen sollen besser und flexibler möglich sein. So wie es zur guten Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ausreichend Kitaplätze braucht, müssen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf die Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege gestärkt und ausgebaut werden. Das stärkt einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen und schafft andererseits attraktive Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege jenseits von Schichtarbeit.

*Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden?*

Lebendige Ortskerne und offene Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können, braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. Durch Umbau und Sanierung können leer stehende Dorfkerne wieder lebendig werden. Eine digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für wirtschaftliche Innovation und Homeoffice – genauso wie für gesellschaftliche Teilhabe. Und das heißt: Glasfaser in Stadt und Land sowie Mobilfunk ohne Funklöcher. Mit digitalen Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe verbunden und gestärkt werden. Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare gesundheitliche Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in denen Ärzt\*innen, Pflegekräfte und Therapeut\*innen unter einem Dach arbeiten, können in vielen Regionen das Angebot verstärken.

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben?*

Den Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich die europäische Automobilwirtschaft unterstützt. Hierzu gehören unter anderem eine Ladekarte für das Tanken an öffentlichen Ladesäulen und ein erschwingliches Leasing-Programm, das sogenannte Social Leasing.

Verkehrswege wollen wir erhalten und sanieren, das Schienennetz spürbar ausbauen und stärker elektrifizieren, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren sowie bundesweit den Ausbau eines guten Radwegenetzes dauerhaft und verlässlich finanzieren.

Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich unterwegs sein können. Mobil auf dem Land setzt vielerorts noch immer ein eigenes Auto voraus. Wir wollen echte Wahlfreiheit und darum den öffentlichen Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse und Carsharing-Angebote können den Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Einige Kommunen und Landkreise bieten solche flexiblen Konzepte bereits an. Wir möchten solche Konzepte stärken und als Modellprojekte in möglichst vielen unterschiedlichen Regionen Deutschlands verwirklichen.

### **3. Ernährung**

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern?*

Für die Beratungsangebote in den Ländern sind zunächst die Verbraucherzentralen der Länder verantwortlich. Verbraucher\*innen brauchen schlagkräftige Verbraucherorganisationen in Bund und Ländern. Diese wollen wir stärken. Wir fördern das Modellprojekt zur besseren Unterstützung für überschuldete Seniorinnen und Senioren und den „Stromspar-Check“. Im Rahmen des Stromspar-Checks beraten geschulte, ehemals Langzeitarbeitslose Haushalte mit geringem Einkommen beim Energiesparen.

*Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen?*

Wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch gut sind, weggeworfen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird, dafür verpflichtende Maßnahmen im Lebensmittelhandel einführen und das Retten von Lebensmitteln entkriminalisieren.

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren?*

Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt. Aber nicht alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine soziale Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind ernährungsbedingte Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung verbessert wird. Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot und eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen für Verbraucher\*innen mehr Auswahl und bessere Entscheidungsgrundlagen liefern. Dazu soll auch eine gerechtere Besteuerung pflanzlicher Lebensmittel beitragen. Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen stark

zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein. Wir begrüßen die Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“, die wichtige Maßnahmenvorschläge enthalten, die wir aufgreifen wollen.

*Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen?*

Siehe vorherige Antwort, außerdem:

Auch die Umweltauswirkungen von Ernährung, insbesondere auf das Klima und die Biodiversität, wollen wir berücksichtigen, zum Beispiel durch die Unterstützung einer attraktiven, günstigen und stärker pflanzenbasierten Ernährung.

*Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen?*

Wir unterstützen Betriebe sowie die ganze Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum „Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe werden wir entsprechend weiterführen. Wir stärken die Forschungsförderung und sorgen für effiziente und zuverlässige Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel wie moderne Fermentationsverfahren und Zellkultivierung.

#### **4. Natur – Nachhaltigkeit – Klimaschutz**

*Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucher\*innen vor?*

Siehe Frage zu gesundheits- und klimabewusster Ernährungsbildung.

*Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?*

Wir sehen große Schnittmengen mit den DGE-Ernährungsempfehlungen und den Empfehlungen des Bürgerrats „Ernährung im Wandel“. Ob kostenfreies Kita- und Schulessen oder Lebensmittelkennzeichnung. Damit weniger Tiere besser gehalten werden und die Tierhaltung für alle Verbraucher\*innen transparent ist, haben wir die Tierhaltungskennzeichnung eingeführt und den schrittweisen Umbau der Tierhaltung auf den Weg gebracht und damit ein zentrales Anliegen der Bürger\*innen umgesetzt. Außerdem fordern wir, dass sich die Gleichwertigkeit der Ernährungsformen auch in den Steuersätzen widerspiegelt.

*Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland?*

Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Die Wettbewerbsposition von Landwirt\*innen gegenüber anderen Akteuren der Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Menschen gefragt. Deshalb wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Zusätzlich soll eine Lebensmittelverarbeitungsstrategie erarbeitet werden, die unter anderem die externalisierten wahren Kosten wissenschaftlich betrachtet. Dem Ausverkauf landwirtschaftlichen Bodens durch sogenannte Share Deals treten wir entschieden entgegen. Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt\*innen treiben wir etwa durch den Ausbau von Agri-Photovoltaik, Agri-Tourismus sowie die Stärkung von pflanzlichen Rohstoffen als Baustoffe wie zum Beispiel Schilf oder Hanf voran. Den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf wollen wir gesichert straffrei ermöglichen. Und wir unterstützen Betriebe sowie die ganze Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen.

*Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren?*

Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts- und Klimaschutz. Wir unterstützen Landwirt\*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung und werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.

Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst: heute und in Zukunft. Wir schützen die Natur zudem um ihrer selbst willen. Damit schaffen wir die Grundlage für gute Lebensqualität und stärken die Demokratie mit einer resilienten Gemeinschaftsstruktur. Der Schutz von Klima und Natur soll daher im Grundgesetz verankert werden. Eine intakte Natur ist mitentscheidend, Klimaneutralität zu erreichen. Naturnahe Wälder, Moore und Auen binden billig und effizient CO<sub>2</sub> aus der Luft. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind wir diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben die Naturschutzfinanzierung in Deutschland vervielfacht. Das wollen wir verstetigen, erweitern und inhaltlich fortentwickeln und damit die Mittel für den natürlichen Klimaschutz über 2028 hinaus anwachsen lassen. Unser Anspruch ist es, dass internationale Vereinbarungen und europäisches Recht im Naturschutz konsequent eingehalten und umgesetzt werden. Europäisch ist ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Um das unter Einbeziehung einer naturverträglichen Nutzung schnellstmöglich umzusetzen, werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen. Denn auch ökosystembasierter Natur- und Artenschutz liegt in einem überragenden gesellschaftlichen Interesse. Dazu wollen wir einen Schub für den Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische und schnellere Ausweisung von

Naturschutzgebieten und die Übertragung von weiteren geeigneten Flächen ins Nationale Naturerbe sowie zusammenhängende Biotopverbünde und Großschutzgebiete.

*Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuverriegelung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen?*

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst immer mehr auf Kosten von landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Mit Raumordnung, Stadt- und Regionalplanung allein ließ sich der Flächenverbrauch nicht wirksam reduzieren. Deshalb setzen wir auf neue Instrumente wie den Flächenzertifikatehandel oder ein Baulandabgabemodell. So setzen wir Anreize, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag und langfristig auf Nettonull zu senken.

## **5. Ehrenamt und Demokratie**

*Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten?*

Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von Bürger\*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ finanziell stärken und dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz absichern.

*Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern?*

Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden, sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Ehrenamtliches Engagement verdient unsere volle Unterstützung, deswegen wollen wir Anrechnungsregeln prüfen und bürokratiearm gestalten. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum freiwilligen Engagement auch für Menschen mit geringem Einkommen, Migrationsgeschichte oder Behinderungen verbessern. Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und die Plätze im Bundesfreiwilligendienst entsprechend ausbauen und verlässlich finanzieren. Viele Menschen – ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir wollen sicherstellen, dass alle Menschen auch die Möglichkeit hierzu haben. Dafür wollen wir die Bedingungen für diese Personengruppen verbessern und sozial gestaffelte Unterstützungsmöglichkeiten schaffen. Wir wollen für eine faire Vergütung und umfassende Informationsmöglichkeiten, insbesondere an Schulen, sorgen. Wir prüfen, ob ein vergünstigtes Deutschland-Ticket den Freiwilligen zur Verfügung gestellt werden kann. Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir

werden zudem gesetzlich klarstellen, dass gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen. Wir wollen Digitales Ehrenamt und Entwicklung, Betrieb und Pflege von nicht gewinnorientierter Open-Source-Software als gemeinnützig anerkennen und institutionell unterstützen.

*Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf?*

Siehe vorherige Frage, außerdem:

Wir fördern zudem eine geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und hochwertige Bildungseinrichtungen.